

11. Umbau der Landesarbeitsämter zu KompetenzCenter für neue Arbeitsplätze und Beschäftigungsentwicklung Start mit den neuen Bundesländern

- Um das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen, müssen arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitische Initiativen koordiniert werden. Daher wird ein neues Instrumentarium geschaffen, das einen wirksameren Beitrag zur Entstehung neuer Arbeitsplätze und zur Entwicklung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten leistet.
- Die Landesarbeitsämter werden deshalb zu KompetenzCenter umgewandelt, deren beschäftigungspolitische Aufgaben steuerfinanziert sind.
- Im Sinne einer Vernetzung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik ersetzen KompetenzCenter nicht lokale Initiativen, sondern koordinieren diese auch über Verwaltungsgrenzen hinweg und bieten Ländern, Kommunen, Unternehmen, Kammern komplementäre Lösungen und Ressourcen an. Sie nutzen ihre arbeitsmarktpolitische Kompetenz für folgende Aufgaben:
- Sie sind Hauptansprechpartner für große Unternehmen (*Key Account Management*), unterstützen die JobCenter bei der Beratung von Klein- und Mittelunternehmen (*Beschäftigungsberatung, Unterstützung bei Neuansiedlungen, Wachstumsinitiativen und Existenzgründungsberatung*), sind *Verbindungsstelle* zu Landesregierungen, koordinieren überregionale Qualifizierungsprogramme, betreiben *Trend- und regionale Arbeitsmarktforschung*.
- Die KompetenzCenter stellen Transparenz am Weiterbildungsmarkt her, indem sie Träger der beruflichen Weiterbildung und deren Angebote zertifizieren. Sie ermitteln drohende Qualifikationsengpässe und konzipieren geeignete Rahmenprogramme.
- Die KompetenzCenter bauen einen Consultingbereich auf, dessen Teams die JobCenter bei der operativen Umsetzung beschäftigungswirksamer Maßnahmen beraten.
- In Regionen mit klarem Profil und einer konsequenten Cluster-Strategie wird eine deutlich höhere Wachstumsdynamik und in der Folge durch Gründung, Ansiedlung und Bestandspflege eine überdurchschnittliche Schaffung von Arbeitsplätzen erreicht. Der Start erfolgt in den neuen Bundesländern, da gerade dort eine zeitnahe forcierte Zusammenarbeit mit den Akteuren der Wirtschaftspolitik zur Entwicklung wachstumsdynamischer Cluster Priorität besitzt.

Der Fokus: Arbeitslosigkeit abbauen durch neue Arbeitsplätze

Der Schwerpunkt der Aufgaben und Tätigkeiten der Bundesanstalt für Arbeit liegt aufgrund ihres Gesetzesauftrages und ihrer historischen Entwicklung bislang auf der Arbeitsangebotsseite. Ihr Instrumentarium dient der Vorbeugung und Verkürzung von Arbeitslosigkeit, dem Erhalt und der Wiederherstellung der Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitslosen sowie der Abfederung von Risiken bei eingetretener Arbeitslosigkeit.

Auf der Arbeitsnachfrageseite, insbesondere der Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten, stehen ihr außer der Förderung von Existenzgründern und den Anreizen für Arbeitgeber zur Beschäftigung von Arbeitslosen (Eingliederungszuschüsse) nur Instrumente des zweiten Arbeitsmarktes zur Verfügung.

Um das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen, reicht es nicht aus, die Wirksamkeit der [BA-neu] allein auf der Arbeitsangebotsseite weiter zu entwickeln. Für den nachhaltigen Erfolg beschäftigungswirksamer Initiativen müssen arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen und Initiativen koordiniert und aufeinander abgestimmt sein. Bestehende Ansätze der Zusammenarbeit müssen verstärkt, Schnittstellen stärker berücksichtigt und Plattformen für die Kooperation geschaffen werden.

Daher soll ein neues Instrumentarium geschaffen werden, mit Hilfe dessen ein wirksamer Beitrag zur Entstehung neuer Arbeitsplätze und zur Entwicklung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten geleistet werden kann. Zu diesem Zweck werden die Landesarbeitsämter aus ihrer bisherigen Funktion als Mittelinstanz der Bundesanstalt für Arbeit herausgelöst. An ihrer Stelle wird auf Landesebene mit dem KompetenzCenter eine neue Institution geschaffen. Ihr Aufgabenschwerpunkt liegt in der Stimulierung der Arbeitsnachfrage, der Unterstützung der Unternehmen bei der Durchführung beschäftigungsförderlicher Maßnahmen und der Abstimmung mit der Landespolitik. Die Aktivitäten der KompetenzCenter ergänzen auf unterstützende Weise die Wirtschafts- und Strukturpolitik der Landesregierungen.

Daneben bedarf es eines neuen Dienstleistungsportfolios für überregional tätige Unternehmen. Als kompetenter Partner am Arbeitsmarkt unterstützen die KompetenzCenter die Unternehmen bei der Lösung personalwirtschaftlicher Problemstellungen.

Mit ihrem Consulting-Bereich unterstützen und beraten die KompetenzCenter schließlich die JobCenter beim Umbau der eigenen Organisation sowie beim Aufbau der „Job-Maschine“ (regionale und lokale Projektkoalitionen für Beschäftigungsentwicklung).

KompetenzCenter als „Entwicklungsagentur“

Ziele der KompetenzCenter

Mit den KompetenzCenter sollen neue Beschäftigungspotenziale im ersten Arbeitsmarkt erschlossen und Unternehmen bei der Sicherung bestehender und dem Aufbau neuer Arbeitsplätze unterstützt werden. Sie stellen eine Art „Entwicklungsagentur“ zur Erarbeitung regionaler und lokaler Konzepte zum selbst tragenden Strukturwandel und deren Umsetzung vor Ort dar. Es geht hierbei um Consulting, Coaching, Aufbau von Partnerschaften, Koordination gemeinsamer Plattformen mit den Akteuren des Landes bzw. der Region und Mitgestalten von strukturpolitischen Entwicklungsprogrammen. Durch sie erfolgt die für eine nachhaltige Wirtschaftsdynamik in den Regionen notwendige Vernetzung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik.

Die beschäftigungsfördernde Funktion der KompetenzCenter liegt vorrangig in der intensiven Zusammenarbeit mit Arbeitgebern und öffentlichen Institutionen. Diese Akteure werden von den KompetenzCenter beraten, unterstützt und zielgerichtet auf Beschäftigungswachstum hin orientiert. Dabei agieren die KompetenzCenter im Netzwerk untereinander und binden überregionale Partner in ihre Arbeit ein. Auf diese Weise werden sie zu „Jobmaschinen“ in den Bundesländern und Regionen.

Aufgaben der KompetenzCenter

Key Account Management

Die KompetenzCenter sind die Hauptansprechpartner für Unternehmen, deren Personalentscheidungen einen gravierenden Einfluss auf die Beschäftigungssituation einzelner Standorte, Regionen oder sogar Länder haben.

Beim Key Account Management der KompetenzCenter geht es um eine schnelle und rechtzeitige Einleitung von Maßnahmen, wenn sich die Personalbedarfe dieser Großkunden ändern. Bei drohendem Verlust der Beschäftigung in großen Unternehmen koordinieren die KompetenzCenter in Abstimmung mit Landesregierung, Gewerkschaften und lokalen JobCenter die einzuleitenden Maßnahmen. Die operativen Aufgaben (Personalauswahl, Qualifizierung) werden von den örtlich zuständigen JobCenter wahrgenommen.

Bei Ansiedlungen von Großunternehmen mit regionaler Bedeutung unterstützt das KompetenzCenter die Personalrekrutierung des Unternehmens in Abstimmung mit den JobCenter.

Beschäftigungsberatung

Die Arbeitslosigkeit ist nicht zuletzt ein Bewegungsproblem. Die Hälfte der jährlich über 7 Mio. Neuzugänge in Arbeitslosigkeit kommt aus bestehenden Arbeitsverhältnissen. Bei Beschäftigungsunsicherheiten stehen Unternehmen vor komplexen Entscheidungen. Gemeinsam mit den Spezialisten vor Ort helfen die KompetenzCenter den Unternehmen, Beschäftigung in wirtschaftlich schwierigen Situationen zu sichern und alternative Wege der Kapazitätsanpassung zu finden, die nicht zu Arbeitslosigkeit führen.

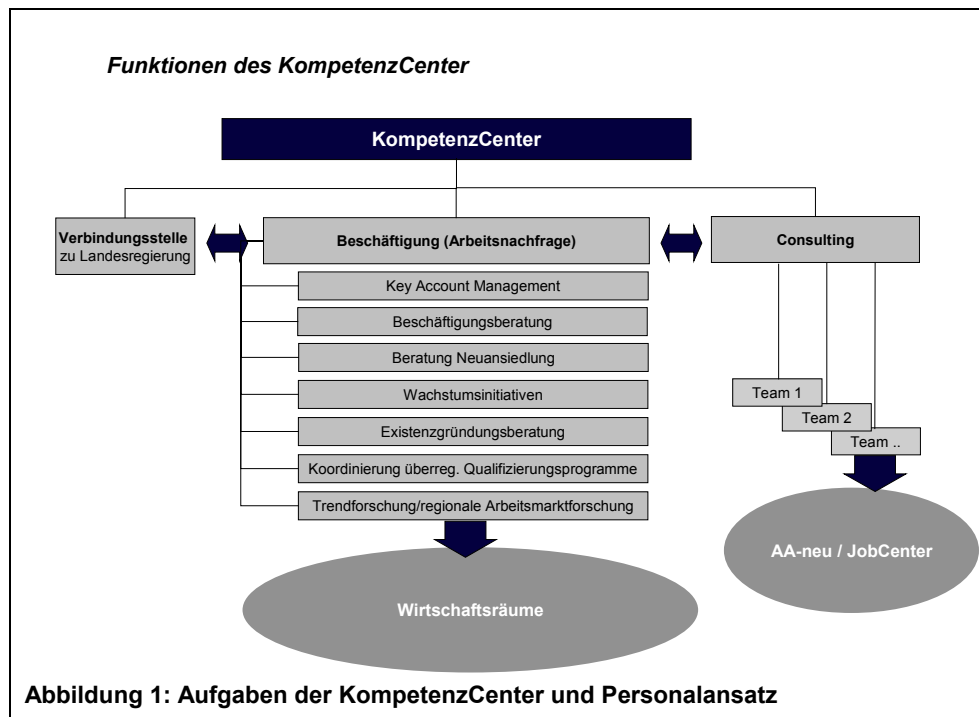
Als Beispiel, was Beschäftigungsberatung in KompetenzCenter leisten kann, sei auf das niedersächsische Modell zur Beschäftigungsförderung verwiesen.

Beratung und Unterstützung bei Neuansiedlungen

Ein wesentlicher Faktor für die Standortentscheidung von Unternehmen ist die Bereitstellung und Qualifizierung des erforderlichen Personals. KompetenzCenter klären mit größeren ansiedlungsinteressierten Unternehmen deren Arbeitskräftebedarf und koordinieren in Zusammenarbeit mit den [AA-neu] die erforderlichen Maßnahmen.

Wachstumsinitiativen und neue Geschäftsfelder

Die KompetenzCenter beraten insbesondere Klein- und Mittelunternehmen durch ihre Fachteams auf der Grundlage der Ergebnisse von Trendforschung und regionalem Arbeitskräfte monitoring über Wachstumsmöglich-



keiten und die Entwicklung neuer Geschäftsfelder. Ihre Netzwerkkompetenz wird für die Herstellung von Kontakten und Partnerschaften genutzt. Aus regelmäßigen Branchengesprächen entstehen gemeinsame Initiativen für Beschäftigung.

Existenzgründungsberatung

Ein hoher Beschäftigungsstand hängt neben der allgemeinen konjunkturellen Situation entscheidend vom effektiven Einsatz beschäftigungswirksamer Instrumente zur Verbesserung des allgemeinen Wirtschaftsklimas und zur Erschließung neuer Marktpotenziale.

KompetenzCenter unterstützen Neugründer bei verschiedenen Problemstellungen. Dazu zählen das Finden von kompetenten Partnern vor Ort, die Vorbereitung bei der Erstellung von Business-Plänen bis hin zur Koordination der Standortwahl mit lokalen öffentlichen Institutionen.

Nach 5 Jahren sind in der Regel noch ca. 50 % der Existenzgründer am Markt und beschäftigen im Schnitt 5 Mitarbeiter. Eine Hauptursache für gescheiterte Unternehmensgründungen ist ihre zu schmale wirtschaftliche Ausgangsbasis (z.B. Produkt, Aufträge). Nachhaltige Existenzgründungsberatung geht über die der Gründung vorausgehende Phase hinaus und begleitet das neue Unternehmen in der kritischen Zeit der ersten Jahre.

Koordination von überregionalen Qualifizierungsprogrammen

Die [BA-neu] übernimmt eine stärker aktivierende und steuernde Rolle gegenüber dem Weiterbildungsmarkt. Dabei fungieren die KompetenzCenter als „Anreger“ für Markt- und Ideenproduktion. Sie stellen Transparenz am Markt her, indem sie Träger der beruflichen Weiterbildung und deren Angebote zertifizieren. Angesichts regionaler und trägerbezogener Preisdifferenzen der Bildungsmaßnahmen ermitteln die KompetenzCenter Durchschnittssätze und Benchmarks und stellen diese als Entscheidungshilfe den JobCenter zur Verfügung.

Die Nachqualifizierung von nicht oder gering qualifizierten Beschäftigten (Qualifizierungsoffensive) ist dringend als vorbeugende Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit von morgen geboten. Die KompetenzCenter ermitteln drohende Qualifikationsengpässe, konzipieren in Zusammenarbeit mit den bildungspolitischen Akteuren des Landes die geeigneten Rahmenprogramme und klären die Finanzierung (nicht aus Beitragsmitteln). Sie unterstützen die operative Umsetzung durch die JobCenter.

Trendforschung und regionale Arbeitsmarktforschung

Durch ihre Trendforschung ermitteln die KompetenzCenter Ansatzpunkte für die Erschließung von Zukunftsmärkten, die in den Potenzialen einer Region angelegt sind.

Arbeitsmarktinformationen bilden die Entscheidungsgrundlage für eine effektive Arbeitsmarktpolitik. Die Anforderungen der Arbeitswelt werden ständig komplexer, da sich Tätigkeitsprofile und Berufsbilder aufgrund der wirtschaftlichen Dynamik immer häufiger wandeln. Die Ermittlung des zukünftigen Qualifikationsbedarfs durch Bedarfsanalysen ist daher eine notwendige Voraussetzung für eine frühzeitige und zielgerichtete Planung und Gestaltung der Weiterbildungsaktivitäten.

Eine der Kernaufgaben der KompetenzCenter ist daher die Bereitstellung regionalwirtschaftlicher Forschungsergebnisse für die Aufgabenwahrnehmung der JobCenter. Des weiteren obliegt es der regionalen Arbeitsmarktforschung in den KompetenzCenter, Wachstumsmärkte und Zukunftstechnologien zu identifizieren und auf Basis dieser Analysen Vorschläge und Empfehlungen zu Maßnahmenprogrammen und Aktionsplänen zu erarbeiten und an die regionalen Arbeitsmarktakteure heranzutragen.

Hierzu sind insbesondere erforderlich:

Bereitstellen einer einheitlichen Informationsplattform: Da es auf nationaler wie auf regionaler Ebene verschiedene Quellen für Qualifikationsprognosen und eine Vielzahl an Berufen gibt, ist eine einheitliche benutzerfreundliche Informationsplattform zu schaffen, der sich alle Interessenten bedienen können.

Weiterentwicklung der quantitativen Datengrundlage: Ein nationales Arbeitsmarktprognoseforum mit regionalen Schwerpunkten ist aufzubauen. Die Aufbereitung der Ergebnisse sollen in einem benutzerfreundlichen, onlinebasierten Informationssystem präsentiert werden.

Regionalprognosen: Für mittelfristige regionale Prognosen soll bei weitgehend unabhängiger Durchführung ein koordiniertes Instrumentarium entwickelt werden. Die operative Durchführung wird durch die KompetenzCenter gesteuert. Hierzu zählen neben der Organisation von Ausschreibungen die Unterstützung und das Monitoring der durchführenden Institutionen und Forschungseinrichtungen.

Evaluation: Im Sinne eines lernenden Prognosesystems muss die Qualität der Analysen ex post an den Realisierungen gespiegelt werden.

Verbindungsstelle zur Landesregierung und Programmabstimmung

In vielen Regionen gibt es heute erfolgversprechende Maßnahmen und Initiativen, die es zu bündeln und zu koordinieren gilt. Dadurch kann deren Durchschlagskraft und Wirkung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur Erhöhung der Standortattraktivität und zur nachhaltigen Dynamisierung der Wirtschaftsaktivitäten vor Ort erhöht werden. Mit ihren Dienstleistungen unterstützen die KompetenzCenter die Landesregierungen und Kommunen bei der Durchführung ihrer wirtschaftspolitischen Programme.

Zusammenarbeit mit den JobCenter

Die KompetenzCenter bauen einen Consultingbereich auf, dessen Teams die JobCenter bei der operativen Umsetzung beschäftigungswirksamer Maßnahmen beraten.

Ein wesentliches Element lokaler Wirksamkeit wird hierbei in der Bildung von Projektkoalitionen der Arbeitsmarktakteure und der Planung und Umsetzung wachstumsorientierter Entwicklungsprogramme sein. Durch Best-Practice-Beispiele, Organisations- und Programmkompetenz und spezifisches Expertenwissen im Bereich von Wachstumsmärkten können Beiräte, Geschäftsleitungen und Fachkräfte der [AA-neu] bei der Planung von Programmen und Maßnahmen zur Umsetzung der geschäftspolitischen Ziele unterstützt werden.

Die KompetenzCenter haben unterstützende und beratende Funktion beim Aufbau der neuen Strukturen und Arbeitsprozesse in den JobCenter. Sie stellen Fachkräfte für Dienstleistungstiefe, Schnittstellenmanagement und Prozessgestaltung in JobCenter und PSA zur Verfügung. Die Begleitung der Organisationsentwicklung kann in Verbindung mit Coaching und Evaluationsmaßnahmen darüber hinaus als ständige Dienstleistung angeboten werden.

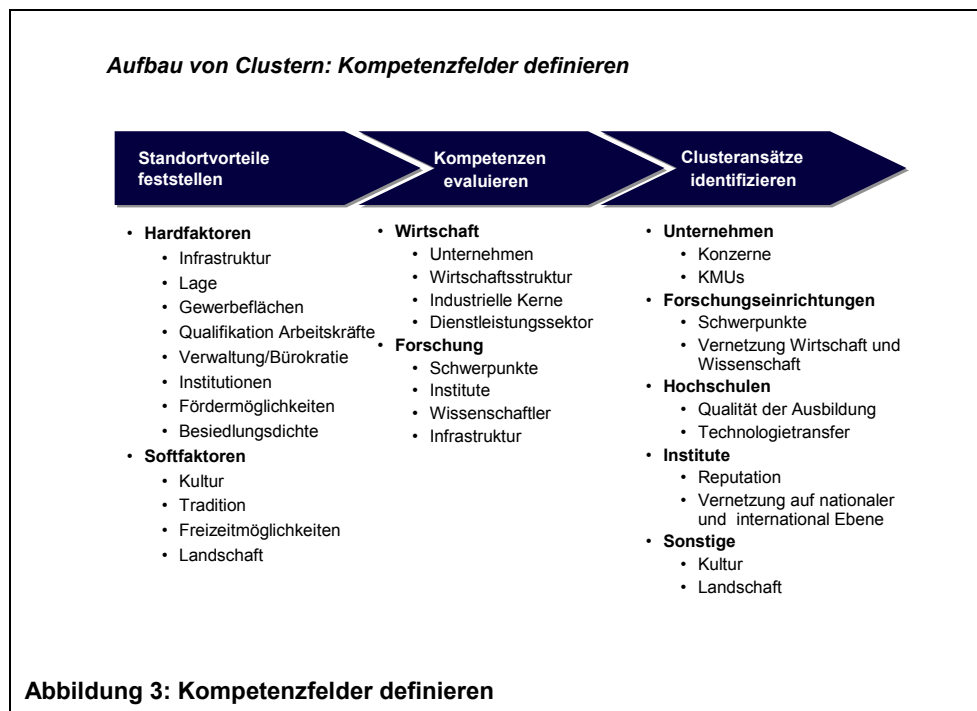


Neue Arbeitsplätze durch Clusterbildung in regionalen Wirtschaftsräumen

Nicht nur im Inneren der Unternehmen, auch in ihrem Umfeld und in den Regionen ruhen Potenziale, die über die Perspektiven der nächsten Job-generation entscheiden. Um Wachstums- und Beschäftigungsdynamik auszulösen, müssen diese Potenziale aufgespürt und gezielt und regionenspezifisch mit innovativen Ideen gefördert werden.

Hier setzt das Konzept der Clusterbildung an. Dabei bezeichnet der Begriff Cluster die regionale Konzentration und Vernetzung von sich ergänzenden wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Aktivitäten um ein bestimmtes Kompetenzfeld herum. Bei Clustern handelt es sich nicht um die Kooperation von Unternehmen zur Erlangung eines bestimmten, zeitlich terminierten Zieles, sondern sie bestehen von sich aus, weil es einen gemeinsamen Bezugspunkt gibt, um den herum sich eine innovative Vielfalt entwickelt.

Die erfolgreichsten Regionen weltweit beweisen: Nicht Steueroasen oder Freihandelszonen, nicht attraktive Regionallagen oder Fördergebiete weisen den größten Beschäftigungszuwachs auf, sondern Regionen mit Clusterbildung. Nicht das Gießkannenprinzip ist erfolgreich, sondern die Bündelung von Ressourcen, Kreativität und Handlungsenergie auf die „natürlichen“ Anlagen eines sozio-kulturellen und ökonomischen Raumes. Starke Kerne üben auf andere Arbeitsplätze Anziehungskraft aus. Dort gelingt es, Zentren mit Schwerpunkten zu bilden, deren Leistungsträger und



Treiben von Innovationen und Produktivität

Durch die enge räumliche Verflechtung von Marktteilnehmern und Unternehmen werden Marktlücken sehr viel schneller erkannt und wahrgenommen, Innovationen drängen sich von selbst auf, da die technischen Experten vor Ort sind. Alle Elemente des Wertschöpfungsprozesses, von der Idee bis zum Produkt, sind vorhanden und können schnell und reibungslos für neue Geschäftsmodelle zusammengeführt werden.

Die entsprechende Infrastruktur von den Verkehrswegen über kommunale Einrichtungen bis hin zu Hochschulen und Ausbildungsstätten ist vor Ort. Hinzu kommen noch Finanz- und anderen Dienstleister, die sich auf das jeweilige Themengebiet spezialisiert haben und auf die Bedürfnisse der Clusterteilnehmer zugeschnittene Dienste anbieten.

Steigerung der Gründungsrate

Die Schwelle zum Markteintritt liegt in einem Cluster erheblich niedriger als außerhalb. Die Kapitalbeschaffung ist einfacher, da Investoren und Venture Capitalists, die sich auf die Clusterthematik spezialisiert haben, als Finanziers zur Verfügung stehen und es darüber hinaus spezialisierte Förderprogramme und -möglichkeiten gibt. Zulieferer und Dienstleister finden sich vor Ort. Die Haupterfolgsfaktoren für Gründer sind neben einer zündenden Geschäftsidee, einer entsprechenden Unternehmerpersönlichkeit und dem erforderlichen Kapital zum einen die Möglichkeit, Kooperationspartner zu finden, zum anderen der erste Referenz- oder Pilotkunde, der den Mut und Unternehmergeist hat, ein innovatives Produkt einzusetzen oder ein völlig neues Dienstleistungskonzept zu nutzen. Beides ist im sozialen Zusammenhang und spezifischen Innovationsmilieu eines Clusters sehr viel leichter zu finden als andernorts.

Ansatzpunkt für KompetenzCenter

Ansiedlung von Unternehmen

Hierbei handelt es sich um die gezielte Förderung von Ansiedlungen neuer und bestehender Unternehmen um einen bereits vorhandenen industriellen oder Dienstleistungskern oder an einem Standort mit entsprechenden industrienahen Forschungseinrichtungen.

Für ansiedlungswillige Unternehmen sind neben einem interessanten Markt vor allem Standortfaktoren wie Fördermöglichkeiten, vorhandenes Personal, gute Zuliefererstruktur sowie einfache bürokratische und administrative Rahmenbedingungen von entscheidender Bedeutung.

Förderung von Existenzgründungen

Es geht um die gezielte Unterstützung von Neugründungen in bestehenden sowie neuen Geschäftsfeldern mit konventionellen oder hochinnovativen Produkten durch entsprechende Maßnahmen zur Ideengenerierung und zur Kapitalbeschaffung sowie der Initiierung von Netzwerkaktivitäten zum Aufbau von Geschäfts- und Kundenbeziehungen.

Die Förderung umfasst Beratung und Coachingmaßnahmen, mit denen die Gründer vor, während und nach der Gründung unterstützt werden. Ein wichtiges Element hierbei ist die Businessplanerstellung, die als Geschäftsgrundlage und als Informationsbasis für Partner und Investoren dient. Weitere wichtige Aufgaben sind Bereitstellung von Kapital durch Investoren sowie die Vermittlung von Kontakten mit potenziellen Kunden.

Die guten Erfahrungen mit der Förderung von Existenzgründungen aus Arbeitslosigkeit, der unterdurchschnittliche Besatz mit Selbständigen sowie die Erkenntnis, dass neue Arbeitsplätze in erster Linie über Neugründungen entstehen, müssen insbesondere im weiteren Aufbau Ost genutzt werden. Hierzu soll insbesondere in den neuen Bundesländern gezielt ein Aktionsprogramm der KompetenzCenter ansetzen.

Wachstumsinitiativen und Neue Geschäftsfelder mit Fokus KMU

Hierbei geht es um den gezielten Aufbau neuer Geschäftsfelder zur Erschließung weiterer Geschäftsmöglichkeiten für bestehende und neue Unternehmen um vorhandene Kompetenzfelder oder in Zukunftsmärkten. Letztere entstehen in der Regel aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen heraus. Durch verbesserten Technologietransfer und Vernetzung von Know-how-Trägern aus Forschung und Wirtschaft werden diese Märkte schneller erschlossen.

In diesen Bereichen werden die KompetenzCenter schwerpunktmäßig tätig. Sie setzen hierbei an den bereits vorhandenen Ressourcen von Land und Region auf und bringen sich mit ihrem zusätzlichen Dienstleistungsangebot in bereits vorhandene Netzwerke ein.

Durch ihre Zusammenarbeit mit den [AA-neu] der Region und deren JobCenter ergeben sich neue Synergieeffekte bei der wirksamen Stimulierung bzw. nachfragegerechten Weiterentwicklung von Arbeitsnachfrage und Arbeitsangebot einer Region.

Kooperationspartner und Kunden der KompetenzCenter sind neben den Unternehmen und [AA-neu] mit ihren JobCenter insbesondere Land, Kommunen, Wirtschaftsregionen, öffentliche und private Wirtschaftsförderungseinrichtungen und alle weiteren Akteure der regionalen Wirtschaftsförderung.

Organisation der KompetenzCenter

Der Übergang von Landesarbeitsämtern zu KompetenzCenter muss vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund einerseits und Ländern/Kommunen andererseits erfolgen.

Der Bund darf operativ nur im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik agieren. Regionale Wirtschaftspolitik ist den Ländern vorbehalten. Das gilt ebenso für den Einsatz der Mittel. Für Maßnahmen der Wirtschaftspolitik dürfen Finanzmittel der Arbeitslosenversicherung nicht eingesetzt werden (versicherungsfremde Leistungen). Die Finanzierung regionaler Wirtschaftspolitik hat ihre eigenen Quellen (EU, Bund, Komplementärmittel durch Länder und Kommunen).

Unter Beachtung dieser Zuständigkeitsverteilung wirken die bisherigen Landesarbeitsämter mit an der Planung und Durchführung einer gemeinsamen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik mit den Landesregierungen, den Kommunen und den Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft.

Die verfassungsrechtlichen Vorgaben sind bei der rechtliche Ausgestaltung der Trägerschaft und bei den Berichtsstrukturen der KompetenzCenter zu beachten. Die gegenüber der bisherigen Praxis der BA stärkere Mitwirkung und aktivere Rolle der KompetenzCenter an einer im Sinne der Clusterentwicklung verzahnten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik erfordert daher in Zukunft eine andere organisatorische Lösung als die ausschließliche Trägerschaft durch die BA. Das längerfristige Ziel ist die Trägerschaft durch die Länder, wobei sich Kommunen, Einrichtungen der Wirtschaft und andere Akteure anschließen können.

Übergangsszenario

Die bisherige Funktion der Landesarbeitsämter als Mittelinstanz mit Fach- und Dienstaufsicht gegenüber den Arbeitsämtern wird aufgehoben. Aufgaben, die bislang aus Gründen der effizienten Erledigung zentralisiert und bei den Landesarbeitsämtern angesiedelt waren, werden auf Stützpunkt-[AA-neu] verlagert oder von der Zentrale wahrgenommen.

Bund und Länder schließen vor dem 1.1.2003 eine Verwaltungsvereinbarung, auf Grund derer die KompetenzCenter als Dienstleister ihre Beratungs- und Unterstützungsleistung beim Aufbau bzw. bei der Weiterentwicklung beschäftigungsdynamischer Wirtschaftscluster in den Regionen der Bundesländer erbringen.

Mittel aus der Arbeitslosenversicherung dürfen hierbei nur für die arbeitsmarktpolitischen Aufgaben der KompetenzCenter verwendet werden.

Für den Aufbau der erforderlichen Fachkompetenzen ist neben der Rekrutierung aus den Beschäftigten der Landesarbeitsämter ein externer Einstellungskorridor zu schaffen. Die Personalrekrutierung wird über ein Assessment Center durchgeführt.

Entscheidend ist, dass unverzüglich die Neuausrichtung an den neuen Aufgaben beginnt und die Ressourcen wirkungsorientiert gebündelt und vernetzt werden, um auf der Seite der Arbeitsnachfrage einen wirkungsvollen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten.

Start mit den neuen Bundesländern

Ausgangslage

Die Situation in Ostdeutschland ist nicht pauschal als dramatisch einzustufen, wie eine Studie der KfW (IAB/DIW 2001) zeigt. Es gibt Regionen, deren Entwicklung diejenige Westdeutschlands übertrifft, wogegen andere eine rückläufige Wirtschaftsentwicklung aufweisen. Für die benachteiligten Regionen bedeutet dies, dass die Lebensverhältnisse gegenüber den anderen Regionen Ostdeutschlands, insbesondere aber gegenüber Westdeutschland, immer weiter auseinander klaffen.

Als Trend lässt sich hierbei feststellen: Teile des verarbeitenden Gewerbes einschließlich Bergbau schrumpfen weiter; andere insbesondere im Bereich Fahrzeugbau, Chemische Industrie, DV, die überdurchschnittliche Exportquoten haben, sind derzeit die einzig relevanten Wachstumstreiber – auch für die Beschäftigung.

Die Branchenstruktur erweist sich als prägend für den Erfolg einer Region. Besonders wichtig für die Entwicklung einzelner Wirtschaftszweige ist die Zugehörigkeit zum lokalen oder überregionalen Sektor, letzterer wie Land- und Energiewirtschaft sowie der Bergbau ist am stärksten vom Niedergang betroffen. Demgegenüber hat der regional ausgerichtete Sektor Impulse von der transfergestützten, nachholenden Investitionstätigkeit in Wohnungen, Gewerbeimmobilien und Infrastruktur erhalten.

Mit der nachlassenden Investitionstätigkeit ist dieser Sektor jedoch gefährdet wie sich an dem Rückgang (durchschnittlich 10 Prozent) der Bauwirtschaft in den letzten beiden Jahren zeigt. Die positive Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland wird entscheidend davon abhängen, den überregionalen Sektor zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, um so von Transferleistungen unabhängig zu werden. Im produzierenden Gewerbe sanken erstmals im Jahr 2000 die Lohnstückkosten unter das Westniveau. Hält diese Entwicklung an, so wird es dem Osten gelingen, einen überregionalen, konkurrenzfähigen Sektor aufzubauen.

Verschärft wird die Problematik strukturschwacher Regionen, die unter der mangelnden Produktivität besonders leiden, durch eine selektive Migration. Das Abwandern besonders qualifizierter Kräfte in Regionen mit guten Beschäftigungsaussichten, lässt diese Gebiete noch weiter zurückfallen. Es wird darum gehen, durch gezielte Maßnahmen die Standortattraktivität und die Beschäftigungssituation gerade in diesen Regionen erheblich zu verbessern.

Weitere Einflussfaktoren für die Beschäftigungssituation ist die Infrastrukturausstattung und insbesondere die geografische Lage. Regionen, die an Polen und in geringerem Maße an Tschechien grenzen, sind stärker benachteiligt. Des weiteren hat sich die räumliche Nähe zu Westdeutschland

in einigen Regionen wegen der Abwanderung der Arbeitskräfte und dem höheren Konkurrenzdruck insbesondere auch des lokal orientierten Dienstleistungssektors negativ ausgewirkt.

Insgesamt weisen die Disparitäten in Ostdeutschland eine sehr kleinteilige Struktur auf. Benachteiligt sind vor allem ländliche Gebiete in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, während das Umland Berlins und der Süden insgesamt besser abschneiden.

Maßnahmen zur regionalen Förderung und lokalen Wirtschaftspolitik

In den Regionen, die durch Fördermaßnahmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) sowie der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gefördert wurden, ist die Beschäftigungsentwicklung geringfügig positiver verlaufen.

Ein wesentlicher Ansatz für eine positive Beschäftigungsentwicklung stellen neben der Sicherung bestehender Unternehmen die Unternehmensneugründungen dar. Schätzungen zufolge schafft jedes neugegründete Unternehmen im Durchschnitt drei neue Arbeitsplätze. Dazu kommen weitere Beschäftigungswirkungen durch eine erhöhte Nachfrage nach Dienstleistungen sowie dadurch, dass sie als Treiber von Innovationen und Produktivität wirken, die langfristig auch etablierten Unternehmen zu einer stärkeren Wettbewerbsfähigkeit verhelfen.

Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (ca. 7 Mrd € für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen sowie Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung) leisten insgesamt temporär einen positiven Beitrag, da das Arbeitskräftepotenzial aktiviert und an die lokalen Bedarfe angepasst wird. Damit stellen diese Gelder eine Investition in produktive Fähigkeiten dar, die für ein Gelingen des Transformationsprozesses essentiell sind. Ein Sekundäreffekt der ABM war die allgemeine Standortverbesserung durch die Beseitigung von Altlasten.

Auch künftig sollen daher Maßnahmen der Investitionsförderung und der aktiven Arbeitsmarktpolitik beibehalten werden. Allerdings soll auf der Basis entsprechender Detailanalysen untersucht werden, wie diese Mittel noch zielgerichteter für den Aufbau von Clustern und anderen Wirtschaftschwerpunkten insbesondere in den strukturschwachen Regionen verwendet werden können.

Standortbedingungen und Regionalentwicklung

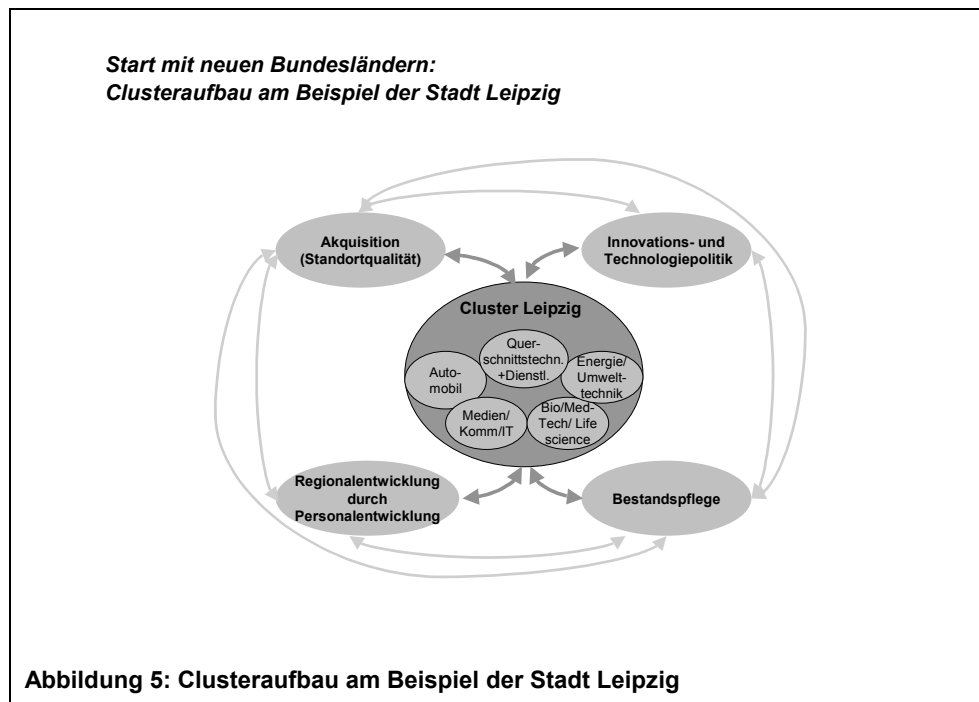
Regionen, in denen sich erste Clusteransätze durch wirtschaftlich gesunde Unternehmen, insbesondere Großunternehmen mit überregionaler Ausrichtung bilden, haben sich in Ostdeutschland insgesamt positiver entwickelt. Diese Unternehmen sind in die überregionale Arbeitsteilung eingebunden und geben zudem Impulse in die Region hinein. Das bedeutet, dass ein

entsprechender industrieller Kernbestand zwingend notwendig ist, um mittel- bis langfristig als Region zu prosperieren.

Dieser Kernbestand hängt wiederum von einer Reihe von Standortfaktoren ab, deren zwei wichtigsten sind: zum einen das Vorhandensein und eine hohe Qualität des Engagements der lokalen öffentlichen Institutionen wie Kommunalverwaltung, IHK, Kammern und Arbeitsämtern; zum anderen die überregionale Verkehrsanbindung, insbesondere des Straßenverkehrs.

Die Entwicklung von Beschäftigung und Einkommen der Regionen wird weitgehend von der Leistungsfähigkeit der vorhandenen Unternehmen bestimmt. Die Leistungsfähigkeit wiederum hängt von der Modernität des Kapitalstocks, der Innovationsfähigkeit des Unternehmens, der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere auf überregionalen und dynamischen Märkten, der Ertragslage sowie der Verflechtungen zwischen den einzelnen Regionen ab. Darüber hinaus spielen die Eigentumsverhältnisse, insbesondere einer gelungenen Privatisierung, sowie die Unternehmensgröße- und -entwicklung eine weitere Rolle.

Regionen, in denen leistungsfähige Großunternehmen vorhanden sind, schneiden in Ostdeutschland bei weitem besser ab, als solche, die keine entsprechende Struktur aufweisen. Das hängt in erster Linie damit zusammen, dass Großunternehmen tendenziell besser in der Lage sind, eine entsprechende Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen, die es ihnen ermöglicht, erfolgreich auf überregionalen Märkten tätig zu sein. Dieser Befund zeigt deutlich, dass der gezielte Aufbau von Clustern um bestehende (Groß)Unternehmen, die ihrerseits über eine moderne Kapitalausstattung



verfügen und überregional tätig sind, einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten zu leisten vermag.

Das Beispiel einer gelungenen Clusterbildung

Neben der Wolfsburg AG mit ihrem Konzept AutoVision gibt es auch in Ostdeutschland Ansätze der Bildung erfolgreicher Wirtschaftskluster mit mittelfristig positiver Beschäftigungsdynamik, wie das Beispiel Leipzig zeigt.

Die Stadt Leipzig wurde wie die anderen Regionen der neuen Bundesländer von einem tiefgreifenden Strukturwandel getroffen und liegt mit einer Arbeitslosenquote von 18,7 Prozent leicht über dem Niveau Sachsens.

Die Stadt Leipzig konzentriert sich in der kommunalen Wirtschaftsförderung auf vier Kernaufgaben:

- Unternehmensneugründungen
- Ansiedlung von Unternehmen
- Innovationen im Mittelstand
- Standortbindung bei starkem Wachstum und fortschreitender Globalisierung

Die Kommunale Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig hat fünf Kompetenzfelder identifiziert, in denen die Clusterbildung gezielt vorangetrieben wird.

- Automobil

Aufgrund der schon zu Zeiten der DDR vorhandenen automobilen Kompetenz sowie der langjährigen Maschinenbautradition verfügt Leipzig über eine Vielzahl mittelständischer und kleiner Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind. Darüber hinaus gibt es ein gut ausgebildetes Arbeitskräftepotenzial.

Diese Voraussetzung sowie die schnelle und unbürokratische Bereitstellung entsprechender Flächen ermöglichte es Leipzig, an seine alte Automobiltradition anzuknüpfen.

- Gesundheit/Biotechnologie/Medizintechnik/Life Sciences

Aufgrund der herausragenden Hochschulen und Forschungseinrichtungen insbesondere im Bereich Pflanzen-Biotechnologie und medizinische Biotechnologie beginnt Leipzig, ein BioTech-Cluster von erstem Rang zu etablieren.

Alleine von 1995 bis 1999 konnte die Anzahl der Bio-Technologie-Unternehmen um 300 Prozent gesteigert werden. Über ein Viertel aller in

Sachsen ansässigen Biotechnologieunternehmen haben ihren Sitz in Leipzig.

- Medien/Kommunikation/IT

Günstige Standortfaktoren wie moderne Telekommunikationsstruktur, eines der leistungsfähigsten Netze in Deutschland, über 40.000 qualifizierte Beschäftigte in der Medienbranche, davon über 14.000 freie Mitarbeiter, über 40 CallCenter und die 2001 eröffnete Sendezentrale des MDR sind nur einige Elemente dieses Clusters. Dazu kommen eine Vielzahl traditioneller und neuer Forschungs- und Ausbildungsstätten.

Weitere Clusterthemen sind:

- Energie- und Umwelttechnik
- Querschnittstechnologien und Dienstleistungen

Der Clusteraufbau wird gezielt durch eine Reihe von Maßnahmen durch die Stadt selbst oder durch Partner unterstützt. Die Vernetzung der verschiedenen Akteure unter dem Dach der Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig ist ein entscheidendes Kriterium für den erfolgreichen Clusteraufbau in Leipzig.

Schneller Aufbau der KompetenzCenter

Besondere Bedeutung kommt dem schnellen Aufbau der KompetenzCenter in den neuen Bundesländern zu, um in Zusammenarbeit mit den dortigen Akteuren der Wirtschaftspolitik die Entwicklung wachstumsdynamischer Cluster voranzutreiben.

Die unterschiedliche Situation und Entwicklungen in den Regionen erfordern differenzierte regionale Strategien. Eine strategisch angelegte Wachstums- und Beschäftigungspolitik, die von den Arbeitsmarktakteuren gemeinsam getragen wird, ist gerade dort geboten, wo keine eigendynamisch positive Entwicklung zu erwarten ist.

Es gilt, zusätzliche Investitionsprogramme anzustoßen für die Förderung kommunaler Investitionen zur Stabilisierung regionaler Beschäftigung insbesondere im Bereich des Handwerks. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Verbesserung der gesamten Infrastruktur auch im Hinblick auf die Osterweiterung der EU.

Grundsätzlich gilt, dass zur Stabilisierung und Verbesserung der Beschäftigungslage gerade in den strukturschwachen Regionen (in Ost wie in West) weiterhin für begrenzte Zeiträume und/oder bestimmte Zielgruppen zusätzliche Arbeitskräftenachfrage durch aktive Arbeitsmarktpolitik initiiert werden muss, bis die neuen Instrumente der [BA-neu] auf der Arbeitsnachfrage- und Angebotsseite wirksam greifen werden.

Auch diese öffentlich initiierten Angebote sollen so marktnah wie möglich implementiert und umgesetzt werden. Sie sollen marktgängige soziale und fachliche Kompetenzen der Teilnehmer erhalten bzw. entwickeln.

Um gleichzeitig eine möglichst große lokale Beteiligung und Ideenreichtum im Sinne der angestrebten „Projektkoalition“ zu erreichen, werden zukünftig vor einer Vermittlung in diese Angebote (jährliche) Ideen- und Innovationswettbewerbe für Projekte zeitweiser Arbeitskräftenachfrage organisiert.

An diesen Ausschreibungen können sich als (potentielle) Projektträger alle Unternehmen, Vereine, Initiativen – kurz alle Partner der „Projektkoalition“ beteiligen.

Über die Vergabe an Wettbewerbersteilnehmer wird in enger Kooperation zwischen JobCenter, PSA und den lokalen Akteuren und Finanziers nach einem vorher festgelegten und veröffentlichten Kriterienkatalog entschieden.

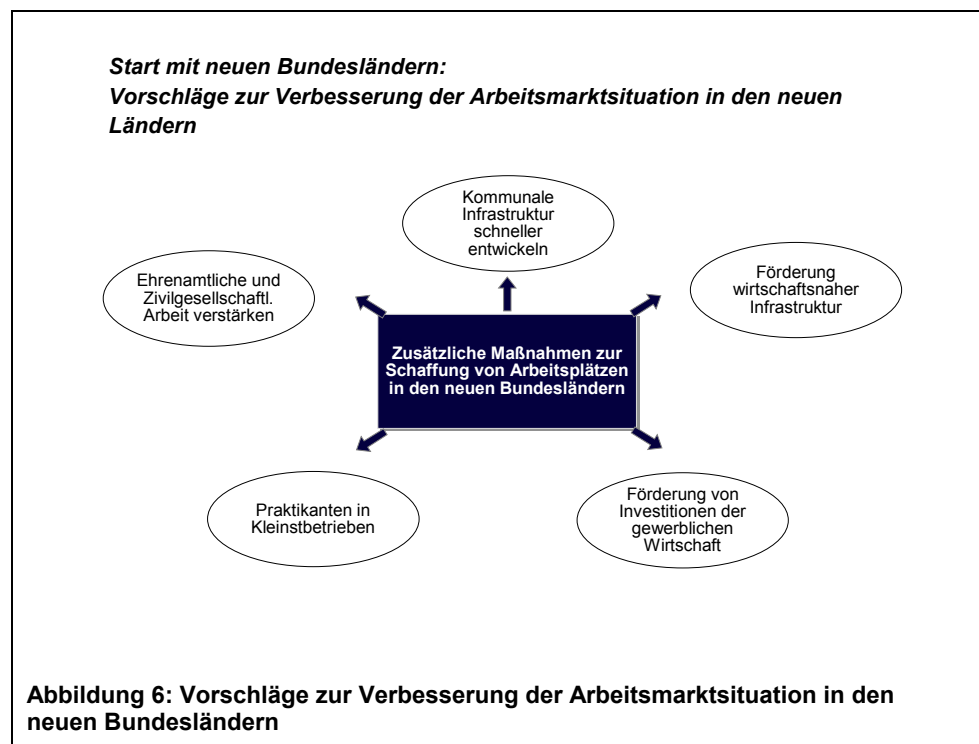
Zusätzliche Maßnahmen zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen

Die weiteren Vorschläge für beschäftigungswirksame Maßnahmen und Projekte verstehen sich als Anregungen an die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Akteure, die Herausforderung der Arbeitslosigkeit aktiv anzunehmen und den „Job-Motor“ für Ostdeutschland anzuwerfen. In Verbindung mit der Tätigkeit der KompetenzCenter, die in den neuen Bundesländern forciert ihre Arbeit aufnehmen sollen, und dem neuen Finanzierungsinstrument JobFloater wird der gezielte und nachhaltige Aufbau neuer Beschäftigung in Angriff genommen. Das Ziel heißt auch für Ostdeutschland: Halbierung der Arbeitslosigkeit, um den Menschen wieder lebenswerte Perspektiven zu eröffnen.

Kommunale Infrastruktur schneller entwickeln

Mit dem Solidarpakt II wurden grundsätzliche Weichenstellungen für die nächsten 15 Jahre getroffen. Wichtig ist unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten, dass die Zuweisungen, die im Rahmen des Finanzausgleichs den neuen Bundesländern zur Verfügung gestellt werden, auch tatsächlich den Kommunen – als der Gebietskörperschaft mit den höchsten investiven Beträgen aller öffentlichen Körperschaften - zur Verfügung gestellt werden.

Die Kommunen – im Westen wie im Osten – leiden unter einem hohen In-



vestitionsstau. Die aktuellen Untersuchungen des difu quantifizieren diese Einschätzung. In den ostdeutschen Kommunen haben sich die Investitionen in den letzten Jahren negativ entwickelt. Sie sanken in den letzten Jahren um mehr als 30%. Die lokalen Investitionen stellen einen wichtigen Faktor für die regionale ökonomische Stabilisierung – insbesondere im Handwerk – und damit der lokalen Beschäftigung dar.

Die Kommunen generell, speziell aber die ostdeutschen, sind zu großen Teilen nicht mehr in der Lage, Investitionen – auch wenn mehr als 50% der Aufwendungen durch Bundes- oder Landeszuweisungen gefördert werden – zu realisieren. Hintergrund ist ihre schwache eigene Finanz- und Steuerbasis.

Ausgehend von den Gutachten, die im Zusammenhang mit dem Solidar-pakt II erstellt wurden, den Gutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute sowie den difu-Erhebungen, wird vorgeschlagen:

Kommunale Investitionen in den besonders beschäftigungsintensiven Bereichen, die auf einer von den lokalen Körperschaften verabschiedeten langfristigen Bedarfsplanung beruhen und in die jeweiligen Landes- oder Regionalentwicklungsplanungen aufgenommen worden sind, werden in den nächsten 5 Jahre verstärkt und zusätzlich gefördert. Damit wird ein Teil der als notwendig erachteten Investitionsbedarfe beschäftigungswirksam vorgezogen. Dies betrifft:

- Schulen
- Sport
- Kindertagesstätten
- Krankenhäuser
- Wasserversorgung
- Abwasserentsorgung
- Abfallwirtschaft
- Altablagerungen

Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur

Bund, Länder und Gemeinden müssen in gemeinsamen Anstrengungen wirtschaftsnahe Infrastrukturen modernisieren und aufbauen. Sie sind eine grundlegende Wachstumsvoraussetzung und in hohem Maße geeignet, die Attraktivität der ostdeutschen Regionen als Wirtschaftsstandorte in Deutschland zu erhöhen.

Wirtschaftsnahe Infrastrukturen haben als Attraktivitätsfaktor für unternehmerische Entscheidungen eine herausragende Bedeutung. Daher darf der Begriff nicht zu eng gefasst und nur auf Verkehrsinfrastrukturen einge-

grenzt werden. Vielmehr gehört dazu auch die Infrastruktur für die elektronische Kommunikation und postalische Versorgung der Unternehmen, die Energie- und Wasserversorgung sowie die Abwasser- und Abfallentsorgung zu erschwinglichen Preisen. Hinzu gerechnet werden muss aber auch die Versorgung mit sozialen und kulturellen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Berufsausbildungsstätten und Hochschulen. Zur Infrastruktur gehören nicht zuletzt auch Qualifizierungseinrichtungen, die durch Bildung und Beratung – zunehmend gebündelt in Kompetenzzentren – Arbeitgeber und Arbeitnehmer in die Lage versetzen, die strukturellen Veränderungen in Technik und Wirtschaft umzusetzen.

Neu angesiedelte Unternehmen erwarten eine hohe Standortsicherheit dieser Einrichtungen. Es ist bedauerlich, dass Schulen im Ergebnis geburten-schwacher Jahrgänge in Regionen geschlossen wurden, in denen sich Unternehmen neu angesiedelt hatten. Für diese Unternehmen waren die vorhandenen Schulen ein wichtiger Faktor der Standortentscheidung. Auch Freizeitangebote sind der wirtschaftsnahen Infrastruktur zuzurechnen, da sie die Attraktivität der jeweiligen Region für die – potentiellen – Mitarbeiter steigern.

Vor dem Hintergrund der im Vergleich zu 1992 um rund ein Drittel gesunkenen Ausgaben der ostdeutschen Kommunen für Bauinvestitionen ist eine Unterstützung der ostdeutschen Gemeinden durch zweckgebundene, aus allgemeinen Haushaltsmitteln des Bundes bzw. der Länder finanzierten Infrastrukturzuweisungen notwendig: Neben einer Verbesserung der Wachstumsbasis der Region wird die Lage der ostdeutschen Bauwirtschaft stabilisiert und zudem die Erhaltung und Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze unterstützt.

Förderung der Innovationspotenziale der ostdeutschen Wirtschaft

In den neuen Bundesländern fehlt weiterhin vielfach eine Wirtschaftsstruktur, in der in einem engen, wechselseitigen Zusammenwirken große, mittelständische und kleine Unternehmen national und international wettbewerbsfähige Wertschöpfungsketten bilden.

Dieses strukturelle Defizit muss durch eine zielgerichtete Stärkung der Innovationspotenziale gerade der mittelständischen Wirtschaft weiter ausgeglichen werden. Dies erfordert zusätzliche Anstrengungen bei der Stärkung des Technologietransfers aus dem Hochschulbereich heraus in die Unternehmen wie auch die Förderung innovativer Unternehmensgründungen und innovativer Unternehmenserweiterungen.

Gerade im Hinblick auf die Stärkung der Innovationsfähigkeit vor Ort sollte die Unterstützung regionaler Netzwerke kleiner und mittelständischer Unternehmen und regionaler Wirtschaftskreisläufe zielgerichteter als bisher erfolgen. Dies schließt eine flexiblere und transparentere Ausgestaltung der

bestehenden Förderprogramme und insgesamt den leichteren Zugang von Netzwerken zu Förderprogrammen ein.

Förderung von Investitionen der gewerblichen Wirtschaft, dabei insbesondere des Mittelstands und des Handwerks

Die Wirtschaftsförderung muss zielgenauer und effizient auf hohem Niveau fortgesetzt werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der überwiegende Teil Ostdeutschlands nach der Ost-Erweiterung der EU in der neuen Förderperiode ab 2007 nicht mehr zu den Ziel-1-Fördergebieten im Rahmen der Europäischen Strukturpolitik zählen wird. Die europäischen Fördermittel für gewerbliche Investitionen und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen werden zurückgehen; dem gegenüber wird der Bedarf zur Umstrukturierung in den Betrieben und zur Qualifizierung steigen. Im Rahmen der europäischen Regionalpolitik muss mit „Phasing-out-Mechanismen“ vermieden werden, dass die neuen Länder in ein Förderloch fallen und gerade aufgebaute Strukturen nicht fortgeführt werden können.

Die nationale Wirtschaftsförderung muss stärker als bislang ausgleichend auf den Abbau der Europäischen Regionalförderung reagieren können. Zudem muss die Wirtschaftsförderung stärker auf die kleinen und mittelständischen Betriebe ausgerichtet werden.

Spezifische Förderansätze

Umgestaltung der Investitionszulage in ein darlehensorientiertes Investitionsförderprogramm für die neuen Bundesländer ab dem Jahr 2005

Auch über das Jahr 2005 hinaus benötigt die mittelständische Wirtschaft in den neuen Ländern eine gezielte und effiziente Unterstützung bei ihren Investitionsvorhaben. Aufgrund der starken Kritik an der Investitionszulage (Mitnahmeeffekte durch Rechtsanspruch, Komplexität, Nutzung für KMU beschränkt) muss die Investitionsförderung ab dem Jahr 2005 umgestaltet werden.

Ab 2005 ist die Ablösung der Investitionszulage durch ein Investitionsförderprogramm auf Darlehensbasis (gekoppelt mit einer Zuschussförderung) geboten. Rückzahlbare Darlehen erhöhen sowohl die Effizienz der Förderung, indem sie Mitnahmeeffekte minimieren, und bieten zudem die Möglichkeit, mit einem gegebenen Fördervolumen mehr Investitionsvorhaben zu unterstützen. Zudem können über die Differenzierung des Zinssatzes und des Zuschusses Schwerpunkte der Förderung festgelegt werden. Der Berechtigtenkreis der jetzigen Investitionszulage ist dabei beizubehalten.

Stärkere Einbeziehung des Handwerks in die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA)

Aufgrund des sogenannten Primäreffekts partizipierte das Handwerk in der Vergangenheit nur marginal an der nationalen GA-Förderung. Die Überregionalität (30 km) von mehr als 50 Prozent des Absatzes wird von den überwiegend vor Ort tätigen Handwerksbetrieben zumeist nicht erreicht. Dabei ist allerdings die hinter dem Primäreffekt stehende Exportbasistheorie als raumwirtschaftliches Förderkriterium umstritten, weil sie unterstellt, dass nur die Exporte für die Höhe und das Wachstum des Einkommens einer Region verantwortlich sind.

Die GA ist daher neu zu justieren. Das Förderkriterium Primäreffekt muss durch offenere Förderkriterien ersetzt werden, wie sie z.B. im Rahmen der Europäischen Strukturpolitik formuliert sind („Förderung produktiver Investitionen zur Schaffung und Erhaltung dauerhafter Arbeitsplätze“, darunter z.B. „Förderung der Wettbewerbsfähigkeit“). Die GA muss zudem – entsprechend der EU-Strukturpolitik - mit einer Förderpräferenz für kleine und mittlere Unternehmen versehen werden.

Praktikanten in Kleinstbetrieben

Vorwiegend älteren Arbeitslosen, die heute in den ersten Arbeitsmarkt nicht integrierbar sind und die es möglicherweise auf lange Zeit nicht sein werden, wird durch die PSA eine Praktikantenstelle in Unternehmen angeboten. Hier kann über die Übernahme der Praktikantenvergütung nachgedacht werden.

Damit würde die Möglichkeit geschaffen, auf der einen Seite den Unternehmen zusätzliche personelle Unterstützung zu gewähren, auf der anderen Seite ihnen gezielt Mehreinnahmen zur Bildung einer besseren Eigenkapitalsituation zu belassen. Für die Praktikanten ergibt sich durch die Einbindung in den betrieblichen Arbeitsprozess die Chance, seine Erfahrungen und Kenntnisse einzubringen und aufzufrischen sowie ggf. in eine neue, reguläre Beschäftigung einzumünden.

Ehrenamtliche und Zivilgesellschaftliche Arbeit verstärken

Ältere Arbeitslose, deren Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt wegen fehlender Arbeitsplätze nicht möglich erscheint, kann ein Zusatzeinkommen oberhalb des Arbeitslosengeldes II über zivilgesellschaftliche Aktivitäten ermöglicht werden.

Sie können durch die PSA das Angebot erhalten, in Vereinen und Initiativen auf Stadtteilebene in einem monatlichen Umfang von 40 bis 60 Stunden tätig zu werden.

Die Projekte, in denen gearbeitet wird, werden über Teilnahme- und Ideenwettbewerbe ausgeschrieben und generiert.

Arbeitslose Akademiker Auslandsentsendung und Entwicklungshilfe

Entwicklungshilfe benötigt Humankapital

Arbeitssuchende Akademiker stellen für die Entwicklungshilfe ein wertvolles Potenzial dar. Besonders junge, technisch und fremdsprachlich vorgebildete Akademiker können bei entsprechendem Interesse als personelle Verstärkung für laufende Projekte von großem Nutzen sein.

Zwischen den Industrieländern wurde eine Quote von 0,7 % des Bruttonationalproduktes für die Entwicklungshilfe festgelegt. Dem hat sich auch die Bundesregierung angeschlossen. Durch den Einsatz von arbeitssuchenden Akademikern kann das Engagement der Bundesrepublik in Entwicklungs- und Schwellenländern ausgeweitet, Projekte beschleunigt und Beratungsleistungen für Regierungen und lokale Administrationen verstärkt werden. Somit leistet die Integration von arbeitslosen Akademikern, die vielfach auch praktische Vorerfahrungen haben, ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Dritten Welt. Später können sie sich als wertvolle Wissensträger für den aktivierenden Einbezug deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern betätigen.

Status: Junge Akademiker / Auslandsvermittlung

Im September 2001 waren 192.000 hochqualifizierte Hoch- und Fachhochschulabsolventen arbeitslos. Mindestens 20 % davon, also 40.000 der arbeitssuchenden Akademiker verfügen über eine technische, medizinische oder sozialpflegerische Ausbildung, oft verbunden mit guten Fremdsprachenkenntnissen und den nötigen fachlichen und persönlichen Voraussetzungen zum Einsatz in der entwicklungspolitischen und außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Die Betroffenen und das staatliche Bildungssystem haben in die Qualifikation dieses Personenkreises viel investiert. Das macht die Akademiker zu einer wertvollen Humanressource, die unbedingt entsprechend ihrer Qualifikation eingesetzt werden soll.

Die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) ist die internationale Personalagentur der BA für Managementvermittlung und internationale Arbeitsvermittlung. Seit etwa 35 Jahren vermittelt die ZAV im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) interessierte Praktikanten, Auszubildende, Fach- und Führungskräfte auf offene Stellen bei 200 internationalen öffentlichen und privaten Trägern, Organisationen und Unternehmen in Entwicklungsländern und kümmert sich um deren Reintegration.

Insgesamt werden durch die ZAV jährlich etwa 15.000 Personen unterschiedlichster Qualifikation in die Arbeitsmärkte von rund 130 Ländern vermittelt. Das Vermittlungsvolumen für „integrierte Fachkräfte“ sowie Führungskräfte, Praktikanten Regierungsstipendiaten muss erheblich ausgeweitet werden. Neue Arbeitsmärkte für die internationale Arbeitsvermittlung, z.B. in China und der Russischen Föderation, müssen nachhaltig entwickelt werden.

Nach Schätzung der ZAV verfügen derzeit etwa 10 % der akademischen Bewerber über ausreichende internationale Vorkenntnisse, zum Beispiel durch Schüleraustausch und Auslandssemester. Dies zeigt einerseits die Notwendigkeit, zur Vorbereitung auf die Globalisierung des Arbeitsmarktes die Zusammenarbeit zwischen den Fachhochschulen und den Universitäten und der ZAV bzw. den Hochschulteams der Arbeitsämter zu intensivieren. Schon während der Ausbildung sollte der internationale Schüler- und Studentenaustausch gefördert und die Motivation zur Übernahme internationaler Aufgaben gestärkt werden. Auf der anderen Seite müssen gerade die arbeitssuchenden Akademiker ihr Defizit an Kenntnissen und Erfahrungen in der internationalen Arbeitswelt aufarbeiten, um langfristig ihre Berufsaussichten auch auf dem inländischen Arbeitsmarkt zu verbessern.

Wichtige Voraussetzungen für den Auslandseinsatz sind:

- Abgeschlossene Berufsausbildung
- Mobilität und Motivation
- Fremdsprachenkenntnisse
- Alter zwischen 25 bis 40 Jahren
- Geeignete gesundheitliche Voraussetzungen

Der Auslandseinsatz bietet den Akademikern die Chance, ihre Berufserfahrung und Selbständigkeit auszubauen. Sie werden an der Schnittstelle zwischen Behörden, Organisationen und Wirtschaft mit den Abläufen in allen Bereichen vertraut, lernen durch ihren Auslandseinsatz zu improvisieren und auch schwierige Situationen selbstständig zu meistern. Der Auslandseinsatz und die dabei erworbenen Qualifikationen verbessern die Vermittlungschancen. Die ursprünglich arbeitslosen Akademiker sind wertvoll für die inländischen Unternehmen, die außenwirtschaftliche Beziehungen unterhalten.

Damit wird arbeitssuchenden Akademikern eine mittelfristige Perspektive geboten.

Qualifizierte Jobvermittlung über ZAV / PSA

Für die Verleihung arbeitssuchender Akademiker wird in der ZAV eine spezifische PersonalServiceAgentur (PSA) eingerichtet, bzw. es wird eine be-

stehende PSA für diese Zwecke genutzt. Die Ausleihe der Akademiker erfolgt entsprechend ihrer Qualifikation und zeitlich befristet für 1 bis 3 Jahre an öffentliche und private Träger der Entwicklungshilfe. Die aufgabenbezogene Ausbildung der Akademiker erfolgt als „Training on the job“.

Die Aufgabe der PSA umfasst:

- Auswahl und Beratung der Bewerber
- Weitere Dienstleistungen für die international tätigen Unternehmen und öffentlich / gemeinnützigen Organisationen ggf. in Zusammenarbeit mit den KompetenzCenter
- Qualifizierung der Arbeitsuchenden entsprechend der Besonderheiten des Ziellandes
- Integration der Akademiker in den jeweiligen ausländischen Arbeitsmarkt und deren Reintegration
- Finanzierung der Grundvergütung (ggf. individuelle Aufstockung durch Auslandszulagen oder Sachleistungen)

Der Beratung, Auswahl und Qualifizierung der arbeitssuchenden Akademiker kommt eine besondere Rolle zu, da durch sie der Grundstein für den Erfolg des späteren Einsatzes im Rahmen der Entwicklungshilfe oder anderer außenwirtschaftlicher Aufgaben gelegt wird. Hierzu wird zusammen mit der ZAV und kompetenten Bildungsträgern, ein geeignetes Personalentwicklungsverfahren aufgebaut und personell unterstützt. Mittelfristig besteht die Möglichkeit, den Personalstamm dieser Einrichtung aus dem Pool der heimkehrenden Entwicklungshelfer zu rekrutieren.

Einsatzfelder

Für die arbeitssuchenden Akademiker ergeben sich im wesentlichen drei Einsatzfelder:

Internationale Entwicklungszusammenarbeit öffentlicher und privater Organisationen wie z. B.

- Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)
- Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG)
- Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE)
- Deutscher Entwicklungsdienst (DED)
- Carl Duisberg Gesellschaft e. V. (CDG)
- Deutsches Institut für Entwicklungspolitik GmbH (DIE)
- Misereor
- Brot für die Welt

-
- andere karitative oder gemeinwohlorientierte Institutionen

Im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit öffentlicher, kirchlicher, gemeinwohlorientierter und privater Organisationen wird kurzfristig eine Steigerung des Auslandseinsatzes von arbeitssuchenden Akademikern im Bereich derjenigen Institutionen erwartet, deren laufende Projekte durch die personelle Verstärkung eine Verbesserung und Beschleunigung der beratenden und operativen Leistungen erwarten lassen. Neue Projekte, für die investive Projektmittel aufgebracht werden müssen, werden dadurch allerdings nur in Einzelfällen angestoßen werden können. Die Grundvergütung wird durch Entgeltleistungen der BA abgedeckt, sodass für die öffentlichen Träger und die Hilfsorganisationen nur die Sachkosten vor Ort getragen werden müssen.

Stärkung einer industriepolitisch orientierten Außenpolitik

Neben der Entwicklungszusammenarbeit rückt die Promotion deutscher Wirtschaftsinteressen im Ausland und die Unterstützung deutscher Unternehmen durch Botschaften, Konsulate, Aussenhandelskammern und in Private-Public-Partnership betriebene Einrichtungen wie „Haus der Wirtschaft“ immer mehr in den Vordergrund. Bund, Länder und die Selbstverwaltungsinstitutionen der deutschen Wirtschaft sind hinsichtlich ihrer finanziellen und personellen Ressourcen bei den Dienstleistungen für deutsche Unternehmen Grenzen gesetzt. Immer häufiger werden die global tätigen Unternehmen aus Deutschland von den Auslandsvertretungen angesprochen, Stiftungen für die Promotion Deutschlands, oder einzelne Events zur Förderung des heimischen Standorts zu sponsern.

Neben der Koordination und Verstärkung der Aussenwirtschaftsförderung gibt es eine sehr starke Nachfrage zur Förderung der Kultur- und Bildungsinfrastruktur im Ausland. Goethe-Institute, Begegnungsschulen und andere bikulturelle Einrichtungen leiden unter Budgetrestriktionen.

Aus dem Pool der arbeitssuchenden Akademiker mit entsprechender fachlicher und fremdsprachlicher Qualifikation kann eine Personalreserve zur Unterstützung einer industriepolitisch und kulturell offensiven Außenpolitik gebildet werden. Mittel- und langfristig wird hier eine Win-Win-Situation für den Standort Deutschland und den Aufbau neuer Beschäftigung sowie die Verbesserung der Vermittlungsfähigkeit von Akademikern durch praktische Auslandserfahrungen kreiert.

Einsatzfelder für technisch, wirtschaftlich, juristisch und pädagogisch ausgebildete Akademiker könnten sein:

- Ständige Vertretung bei der EU
- Handelsabteilungen in Botschaften / Konsulaten
- Außenwirtschaftsförderung (Aussenhandelskammern, Incoming-Gesellschaften, Tourismusförderung)

-
- Goethe-Institute, Begegnungsschulen, Deutsche Stiftungen im Ausland
 - Förderung des Studenten-, Praktikanten- und Wissenschaftleraus-tauschs

Mediatoren Wirtschaft / Wissenschaft

Der dynamische Strukturwandel erfordert einen ständigen Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und Hochschulen in Deutschland, vor allem aber auch über die Grenzen Deutschlands hinaus.

Bei den Fachhochschulen, Universitäten und Kammern sind in der Regel gut funktionierende Technologie- und Wissenstransferstellen eingerichtet, die sich um fortlaufende Kommunikation und um die Definition und Operationalisierung von gemeinsamen Projekten kümmern. Der bestehende Expertenpool kann jedoch personell durch geeignete Hochschulabsolventen verstärkt werden, um die vorhandenen Ressourcen aufzustocken. Insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) brauchen personelle Kapazitäten, um Markterkundungen durchzuführen und die Chancen für die Durchsetzung von neuen Produkten und Dienstleistungen zu prüfen. Junge Akademiker – mit noch engen Beziehungen zu ihren Ausbildungseinrichtungen – können im unmittelbaren Umfeld KMU's helfen, die Empfehlungen der Technologie- und Wissenstransferstellen von Hochschulen und Kammern wirkungsvoll umzusetzen. Auch die Geschäftsprozessoptimierung in Hochschulen, die Marketingaktivitäten und das Knüpfen von Wirtschaft-Forschungs-Netzwerken über die Grenzen Deutschlands hinaus kann mit Hilfe zusätzlichen Personals beschleunigt werden.

Zentrale Dienstleistungen an Hochschulen für Marketing, Technologietransfer und internationale Kooperation können verstärkt oder – soweit noch nicht vorhanden – neu aufgebaut werden. Diese Kompetenznetzwerke können effektiver in die regionalen Entwicklungsagenturen, die von den KompetenzCenter unterstützt werden, eingebunden werden.

Betätigungsfelder sind:

- Zentrale Dienstleistungen an Hochschulen für Marketing, Technologietransfer, grenzüberschreitende Projekte und Kooperationen
- Cross-Cultural-Management zwischen Wirtschaft und Hochschulen
- Geschäftsprozessoptimierung in Hochschulen
- Trendscouts und Opportunity-Recognition
- Wissenstransfer – Expertenpool für KMU's

Die arbeitssuchenden Akademiker erhalten auf diesem Wege praktische Erfahrungen an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Wissenschaft und verbessern ihre Vermittlungsfähigkeit. Sie sind später als Mediatoren in Unternehmen einsetzbar.